

N i e d e r s c h r i f t

**der 44. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 03.07.2013**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:00 Uhr bis 18:27 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Herr Harald Bartl	parteilos	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Jürgen Busse	CDU	Vertreter für Herrn Bönisch
Frau Ute Haupt	DIE LINKE	Vertreterin für Herrn Lange
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE	
Frau Katharina Hintz	SPD	Vertreterin für Frau Ewert
Herr Johannes Krause	SPD	ab 16:06 Uhr
Herr Denis Häder	MitBÜRGER für Halle	Vertreter für Herrn Wolter
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertreterin für Herrn Wehrich
Herr Gerry Kley	FDP	bis 18:32 Uhr
Herr Egbert Geier	Bürgermeister	
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter	
Frau Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter	
Frau Sabine Ernst	Verwaltung	
Herr Oliver Paulsen	Verwaltung	
Herr Marco Schreyer	Verwaltung	
Herr Drago Bock	Verwaltung	
Herr Dr. Markus Folgner	Verwaltung	
Frau Anja Schneider	Verwaltung	

Entschuldigt fehlen:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 44. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte darüber, dass folgende Dringlichkeitsvorlage auf die Tagesordnung gesetzt werden soll:

- 5.3. Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Verteilung von Spenden aus Anlass von Schäden durch das Hochwasser vom Juni 2013
Vorlage: V/2013/11871
-

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3-Mehrheit
Vorlage: V/2013/11871 mehrheitlich zugestimmt

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift 12.06.2013
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 12.06.2013
5. Beschlussvorlagen
- 5.1 Baubeschluss Sekundarschule Kastanienallee, Turnhalle MT 90, R.-Paulick-Str. 14 a
Vorlage: V/2013/11656
- 5.2 Satzung Schülerbeförderung
Vorlage: V/2013/11603

- 5.3 Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Verteilung von Spenden aus Anlass von Schäden durch das Hochwasser vom Juni 2013
Vorlage: V/2013/11871
- 6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle
Vorlage: V/2013/11533
 - 6.1.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle (V/2013/11533)
Vorlage: V/2013/11661
 - 6.2 Gemeinsamer Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) und der FDP-Fraktion zur Entsendung von weiteren Mitgliedern in die Gesellschafterversammlungen
Vorlage: V/2013/11372
 - 6.3 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement
Vorlage: V/2012/11055
 - 6.4 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Stärkung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
Vorlage: V/2013/11713
- 7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 8. Mitteilungen
 - 8.1 Mitteilung zur Umsetzung des Beschlusses zur Umstrukturierung der Stadtmarketing GmbH (Vorlagen-Nummer: V/2012/11287)
- 9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 12.06.2013

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 43. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 12.06.2013.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 12.06.2013

Es wurden keine nicht öffentlichen Beschlüsse in der Sitzung am 12.06.2013 gefasst.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Baubeschluss Sekundarschule Kastanienallee, Turnhalle MT 90, R.-Paulick-Str. 14 a** **Vorlage: V/2013/11656**

Herr Kley, FDP-Fraktion, informierte darüber, dass seine Fraktion die Planung zur Ertüchtigung der Turnhalle für 1,8 Mio. € als unwirtschaftlich ansehe.

Da die alte Halle schon aus dem Jahr 1967 stamme, werde bezweifelt, dass diese in denselben Zustand, inklusive energetischer Vorgaben, versetzt werden könne, wie eine neue Halle und schon für 1,5 Mio. € brutto wäre der Bau einer neuen Halle möglich.

Er verwies auch darauf, dass der Beschluss schon einmal vorlag und es von Seiten der FDP-Fraktion den Antrag gab, zu prüfen, ob es nicht sinnvoller wäre, einen Neubau zu errichten. Dieser Prüfungsantrag wurde dankend angenommen, jedoch gab es seither keine Mitteilung mehr dazu. Und auch aus Sicht der Haushaltskonsolidierung sollte überlegt werden, ob die Ertüchtigung einer alten Halle sinnvoll wäre.

Herr Kley führte abschließend aus, dass seine Fraktion diesem Beschluss nicht zustimmen werde.

Herr Bürgermeister Geier griff die Argumentation des letzten Finanzausschusses auf und führte noch einmal an, dass die Förderwilligkeitszugabe vom Land in Höhe von 70 % für eine Sanierung dieser Turnhalle spreche. Die Verwaltung habe hier die Sanierungsmaßnahmen streng an den Möglichkeiten, die das STARK III Programm bietet, hergeleitet und einen entsprechenden Sanierungsvorschlag gemacht, welcher auf energetische Sanierung des bestehenden Gebäudes hinausläuft.

Ein Neubau sei nur in begründeten Ausnahmefällen möglich und **Herr Bürgermeister Geier** verwies in diesem Zusammenhang auf die Entwicklung zur Kita Schimmelstraße.

Desweiteren merkte er an, dass das bauliche Konzept mit den entsprechenden Landesbehörden umfangreich abgestimmt und von dort bautechnisch und schulfachlich akzeptiert wurde. Wenn jetzt ein Neubau die favorisierte Variante wäre, dann müssten die ganze Vorbereitung, Bearbeitung, Beantragung, die Wirtschaftlichkeitsberechnungen und die schulfachliche Abstimmung von vorn beginnen. Das lasse die enge Zeitschiene für die Beantragung der Mittel für STARK III, erste Tranche, nicht zu.

Herr Bürgermeister Geier führte weiter dazu aus, dass die Turnhalle bzw. der ganze Schulkomplex ein Projekt für das Pilotthema Gemeinschaftsschule sei und das Gesamtprojekt für die Schule setze sich in der Tranche II fort.

In seiner Abwägung komme er zu dem Ergebnis, dass bei einem Neubau die zugesagten Fördermittel verloren gehen und aus diesem Grund stimme er für diesen Beschluss.

In Bezug auf einen Neubau äußerte sich **Herr Bürgermeister Geier** dahingehend, dass dieser zwar von den Folgekosten wirtschaftlicher wäre, da man die Nutzung einer neuen Halle besser regeln und organisieren könne, aber für einen Neubau bestehe keine Zeit mehr. Denn um die bereits zugesagten Fördermittel in Anspruch nehmen zu können, bestehe aus seiner Sicht nur die Möglichkeit, wie sie von der Verwaltung im Beschluss vorgelegt wurde.

Herr Kley verwies in Bezug auf die Ausführungen von Herrn Bürgermeister Geier zur Kita Schimmelstraße darauf, dass dort ein neuer Kindergarten an einem neuen Standort errichtet

werden sollte.

Während es bei der Turnhalle darum ginge, an einem vorhandenen Schulstandort mit einer Schulsporthalle diese Halle zu sanieren oder neu zu bauen. Der Standort stehe hierbei nicht in Frage.

Auch das Zeitargument könne er nicht nachvollziehen, da trotz Auftrag des Stadtrates seit einem Vierteljahr die Verwaltung durch Untätigkeit für einen gewissen Zeitdruck gesorgt habe.

Herr Kley stellte weiterhin fest, dass man über das Internet leicht ein Projekt für den Neubau einer Turnhalle abfragen könne und da noch keine Ausschreibung erfolgt sei, wäre ein Neubau auch kein Problem.

Seiner Meinung nach könne das Land nichts dagegen habe, wenn mit dem Neubau der Halle deutlich niedrigere Betriebskosten entstehen, als mit der Instandsetzung.

Zusammenfassend merkte **Herr Kley** an, dass die Verwaltung dem Stadtrat jetzt vorschlage, ein schlechteres Konzept zu einem höheren Preis mit schlechteren Folgekosten mit der Begründung zu beschließen, dass die Zeit zu knapp sei. Dem könne er nicht zustimmen.

Zum gleichen Thema äußerte **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, dass mit den Verantwortlichen im Land das Gespräch dahingehend gesucht werden müsse, ob die Möglichkeit für den Wechsel auf einen Neubau bestände und die Stadt trotzdem Fördermittel dafür erhalten würde.

Aus diesem Grund könne er zum jetzigen Zeitpunkt auch keine Entscheidung dazu treffen, da es darum gehe, öffentliche Gelder sinnvoll und wirtschaftlich einzusetzen.

Herr Dr. Meerheim verwies auch auf die Diskussion im Bildungsausschuss, nach welcher er eine ausführliche Stellungnahme der Verwaltung, auch unter Bezugnahme des Angebotes des sachkundigen Einwohners, erwartet habe.

Bezugnehmend auf die Regularien des Hauptausschusses, dass eine Vorlage nur behandelt werde müsse, wenn zwei unterschiedliche Voten vorliegen, merkte **Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, an, dass der Bildungsausschuss nicht entschieden habe und ihrer Meinung nach auch keine Einstimmigkeit im Finanzausschuss vorlag.

Desweiteren fragte sie nach dem Baubeginn bzw. der Inbetriebnahme einer möglichen fertigen Turnhalle in den beiden Varianten, Sanierung oder Neubau und weshalb man davon ausgehe, dass eine neue Turnhalle günstigere Folgekosten hätte als eine sanierte.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft, wies in seiner Antwort auf zwei Probleme hin. Zum einen habe sich im Bildungsausschuss ein sachkundiger Einwohner, welcher bei einer Firma angestellt ist, die sich auf den Neubau von Turnhallen spezialisiert hat, dahingehend geäußert, dass ein Neubau günstiger wäre. Und er stelle zwar nicht die Fachkunde in Frage, jedoch ein gewisses Eigeninteresse.

Und auch nach Prüfung des Angebotes kam man in der Verwaltung zu dem Ergebnis, dass standortbedingte Mehrkosten im Angebot nicht berücksichtigt worden sind.

Bei der Antragstellung gegenüber dem Land hat die Verwaltung nachweisen müssen, was die günstigere Variante ist und dies sei auch damals schon die Sanierung am vorhandenen Standort gewesen. Und wenn man jetzt umschwenke, nur weil ein Vertreter eines Unternehmens ein anderes Angebot mache, müssten die Aussagen der Verwaltung und die schon geprüften Anträge zurückgezogen werden.

Herr Beigeordneter Neumann bekräftigte noch einmal, dass es die Möglichkeit gäbe, für die Sanierung der Halle Fördermittel zu bekommen und er informierte darüber, dass morgen Unterlagen an die Fraktionen ausgereicht werden, welche die Behauptung, dass ein Neubau günstiger wäre, widerlegen.

Auf die Anfragen von Frau Dr. Bock antwortete **Herr Beigeordneter Neumann**, dass die Sanierung der Halle im nächsten Jahr abgeschlossen sein soll, er aber die Frage für den Zeitrahmen eines Neubaus nicht beantworten könne. Zu den Folgekosten führte er aus, dass diese sich bei einer energetischen Sanierung auf dem gleichen Niveau befinden werden. Weiterhin wies er darauf hin, dass im Angebot des sachkundigen Einwohners eine kleinere Halle vorgesehen und deshalb kostengünstiger war.

Herr Krause, SPD-Fraktion, merkte dazu an, dass der Hinweis des sachkundigen Einwohners, dass ein Neubau kostengünstiger wäre, wichtig und eine Prüfung unverzichtbar sei, um mit den öffentlichen Geldern richtig umzugehen. Er könne nicht nachvollziehen, dass heute ein Beschluss gefasst werden soll und laut Aussage von Herrn Beigeordneten Neumann erst morgen der Bericht mit der Abwägung zu Sanierung oder Neubau vorliegen wird.

Es sei jetzt die Aufgabe der Verwaltung, einen Vorschlag zu machen, über welchen in einer Sondersitzung des Vergabeausschusses entschieden werden kann, denn der Hauptausschuss könne heute keinen Beschluss fassen, wenn keine Grundlage vorliege.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bedankte sich bei den Stadträten für ihre Redebeiträge und stimmte ihnen dahingehend zu, dass bis zum Vergabeausschuss ein Vorschlag als Diskussionsgrundlage vorliegen müsse und zu klären sei, wie das Land sich bezüglich der Fördermittel zu einem Neubau stellt.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, stimmte den Ausführungen von Herrn Krause zu, dass noch keine Beschlussfassung erfolgen könne, da der Bildungsausschuss sich auch noch nicht richtig dazu beraten konnte. Und auch die Diskussionen zur Größe der Halle könne sie nicht nachvollziehen, da im Angebot für den Neubau nur die Umkleideräume kleiner ausfallen sollen. Desweiteren zweifle sie an, dass das Land seine Zusage einhalte, wenn es weitere Diskussionen dazu gäbe.

In Bezug auf die Ausführungen von Herrn Beigeordneten Neumann verwahrte sich **Herr Kley** gegen den Vorwurf an den sachkundigen Einwohner, dass dieser nur aus Kenntnis seines Unternehmens einen preiswerteren Neubau angeboten habe. Denn damit sei noch kein Auftrag verbunden.

In diesem Zusammenhang verwies er auf die Beratung mit den Fraktionsvorsitzenden, in welcher durch Herrn Prochnow, Geschäftsführer des Stadtsporthundes, das Model eines Leipziger Büros mit dem Neubau einer Halle für 1,4 Mio. € vorgestellt wurde. Und auch im Internet finde man Kommunen, die problemlos Neubauten für Hallen an verschiedenen Standorten deutlich unter 1,8 Mio. € gebaut haben.

Herr Kley merkte weiter dazu an, dass unter Bezug auf Steuergelder eine teurere Instandsetzung nicht einem billigeren Neubau vorgezogen werden könne, auch weil der Anteil des Landes bei einem Neubau sinken würde.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, regte an zu überlegen, die Unterlagen bzw. das Angebot der Firma Hense zum Neubau der Turnhalle an den Landesbetrieb Bau weiterzugeben, um prüfen zu lassen, ob die ursprünglich abgegebene Stellungnahme oder Einschätzung, dass die Sanierung günstiger als der Neubau sei, weiter getragen wird.

Die Nachfrage von **Frau Dr. Brock**, ob es bei dem vorgesehenen kleineren Neubau der Halle Qualitätseinbußen gäbe, wurde durch **Herrn Beigeordneten Neumann** dahingehend beantwortet, dass über die Nutzung noch einmal diskutiert und die Frage dann im Vergabe- bzw. im Bildungsausschuss beantwortet werde.

Abstimmungsergebnis: **beraten**

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die energetische Sanierung der Turnhalle im Rahmen des STARK III-Förderprogramms, Phase I, unter Vorbehalt eines Förderbescheides.
2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die Einstellung der Mittel bei der nächsten Nachtragshaushalts- und Investitionsplanung vorzunehmen.

zu 5.2 Satzung Schülerbeförderung
Vorlage: V/2013/11603

Herr Kley, FDP-Fraktion, fragte nach, woher die Kosten für die Finanzierung kommen, da laut Vorlage die Deckung des Mehraufwandes nicht durch eine Absenkung erbracht werde.

Dazu teilte **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, mit, dass Herr Beigeordneter Kogge den Auftrag hatte zu klären, wo das Geld ersatzweise herkomme, da ursprünglich vorgesehen war, das Geld aus dem Teilergebnisplan 51 – Schulen herauszunehmen. Und da der Bildungsausschuss sich dagegen ausgesprochen und abgelehnt hatte, erging mündlich der Auftrag an Herrn Kogge, für eine Deckung innerhalb der Verwaltung zu sorgen.

Auf den Hinweis von **Herrn Kley**, dass die Vorlage nicht beschlussfähig wäre, wenn kein Deckungsvorschlag vorliege, teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass die Deckung aus dem Geschäftsbereich IV erfolge.

Abschließend stellte **Herr Bürgermeister Geier** klar, dass zur Stadtratssitzung eine konkrete Darstellung zur Finanzierung vorliegen werde.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
11 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Satzung zur Schülerbeförderung in der Stadt Halle (Saale).

**zu 5.3 Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Verteilung von Spenden aus Anlass von Schäden durch das Hochwasser vom Juni 2013
Vorlage: V/2013/11871**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte darüber, dass eine Übersicht als Tischvorlage ausgelegt wurde und er schlug vor, die Richtlinie anhand der einzelnen Paragraphen zu diskutieren.

Dazu merkte **Herr Krause, SPD-Fraktion**, an, dass die Übersicht unter Vorbehalt besprochen und noch in den Fraktionen diskutiert werden müsse.

Herr Bartl, CDU-Fraktion, machte den Vorschlag bzw. fragte an, ob es möglich sei, die von der Stadt eingenommenen Spendengelder als Zustiftung dem Land in den großen Spendentopf zu geben und sich deren Regelwerk zu bedienen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies darauf, dass von den Spendern eindeutig der Hinweis kam, die Gelder in der Stadt und für die Stadt bereitzustellen. Die Verwaltung sei auch in der Lage, eine solche Richtlinie zu erstellen und umzusetzen. Er bat Herrn Schreyer, amtierender Fachbereichsleiter Recht, um die Erläuterung der einzelnen Paragraphen der Richtlinie einschließlich der schon eingereichten Änderungsanträge von den Fraktionen.

An der Diskussion beteiligten sich **Herr Schreyer, amtierender Fachbereichsleiter Recht, Herr Krause, SPD-Fraktion, Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**.

Einleitend informierte **Herr Schreyer**, dass die Verwaltung versucht habe, eine schnelle und unbürokratische Hilfe für die Geschädigten aus den bei der Stadt Halle eingegangenen Spenden zukommen zu lassen.

Zielrichtung sei es, die Gelder einfach und schnell über die Spendenkommission auszu zahlen. Voraussetzung dafür sei ein Antrag, welcher aber noch nicht vorliege, da man sich erst über den Text der Richtlinie verständigen müsse.

Herr Schreyer führte weiterhin aus, dass man zwar nicht gänzlich auf Verwendungsnachweise verzichten könne, aber es seien Spenden in größerem Umfang eingegangen und diese gilt es, sinnvoll einzusetzen.

Auf weitere Nachfrage teilte er mit, dass die Richtlinie einschließlich der Antragsformulare ins Internet gestellt und auch eine Pressemitteilung erfolgen wird, um die Bürger über das Verfahren in Kenntnis zu setzen und **Herr Bürgermeister Geier** informierte, dass bisher 626.000 € an Spenden eingegangen, aber noch keine Gelder ausgezahlt worden sind.

Zu § 1 Voraussetzungen

(Regelung der Voraussetzungen für die Ausreichung der Spenden)

Herr Bartl stellte den Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu § 1 Absatz 1 auf Streichung der Formulierung: *„Zuwendungen können nur gewährt werden, wenn kein Anspruch auf Ersatzleistungen durch Versicherungen besteht“*.

Dazu merkte **Frau Dr. Brock** an, dass sie zwar auch für Entbürokratisierung sei, aber der Geschädigte bei Absatz 4 an Eides statt versichern müsse, dass er nicht schon aus anderen Quellen Geld bekomme und dies müsse sich auch auf irgendetwas beziehen. Und insofern sei eine Absicherung notwendig.

Herr Krause stimmte dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion dahingehend zu, dass durch ein Bewertungsgremium der Spendenkommission die Einzelfälle geprüft und nach Härtefällen priorisiert werden müssen.

Den Aussagen von Herrn Krause stimmte auch **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, zu und führte als Beispiel an, dass ein Geschädigter einen Schaden von 50.000 € haben könne, aber nur 10.000 € von der Versicherung abgedeckt werden und dann habe er die Möglichkeit, für die restlichen 40.000 € noch einen Antrag zu stellen.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, schlug als Kompromiss die Formulierung vor: „ . . . **soweit kein Anspruch auf Ersatzleistungen durch Versicherungen besteht.**“

Damit sei klargestellt, dass es bei bestehender Versicherung nur noch um den restlichen Betrag gehe.

Der Änderungsantrag von **Herrn Bartl** wurde geändert in:

§ 1 Absatz 1

*Zuwendungen können nur gewährt werden,—~~wenn~~ **soweit kein Anspruch auf Ersatzleistungen durch Versicherungen besteht.***

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Zu § 2 Verteilungsschlüssel

(ursprüngliche Intentionen seitens der Verwaltung waren 50 % an Einwohner, Vereine und Verbände auszureichen und 50 % an Unternehmen und Freiberufler)

Herr Schreyer informierte, dass hierzu zwei Änderungsanträge vorliegen, und zwar von der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM für die Verteilung 1/3 Einwohner, 1/3 Vereine/Verbände und 1/3 Unternehmen/Freiberufler und von der Fraktion DIE LINKE mit dem Vorschlag 2/3 an Einwohner und Vereine und 1/3 an Unternehmen und Freiberufler.

Die Verwaltung würde diese Vorschläge übernehmen wollen und dem folgend werden nach Maßgabe der Richtlinie die Spendengelder zu **1/3 an Einwohner, 1/3 Vereine/Verbände und 1/3 an Unternehmen/Freiberufler ausgegeben.**

Zu § 3 Empfängerkreis

Dazu lagen keine Änderungsvorschläge vor.

Auf die Nachfrage von **Herrn Häder**, ob Fälle bekannt seien, wo zum Beispiel ein landesweit organisierter Verein, der seinen Sitz nicht in Halle hat, aber hier eine Einrichtung unterhält, die geschädigt ist, ausgeschlossen wird, sagte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** eine großzügige Auslegung zu.

Zu § 4 Kriterien, Zweckbestimmung

Herr Schreyer teilte mit, dass hierzu ein Änderungsvorschlag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum § 4 Absatz 3 vorliege, ausdrücklich auch Vereine/Verbände aufzunehmen.

Die Verwaltung würde dem zustimmen und der Text wird geändert in: „**Vereine/Verbände sowie Unternehmen/Freiberufler erhalten nur Zuwendungen, wenn sie ihre Tätigkeit weiter betreiben.**“

Zum § 4 Absatz 1 gab **Herr Bartl** den Hinweis, dass Vereine teilweise nur Nutzer oder Pächter von Gebäuden seien und auch hier eine Zuwendung gezahlt werden müsse.

Herr Schreyer stellte dazu fest, dass es sich dabei um Eigentum von Dritten handelt und immer der Eigentümer einer Sanierung bzw. Aufbau des Gebäudes zustimmen müsse, aber die Verwaltung werde den Hinweis in den Gesprächen mit den Antragstellern beachten.

Zu § 5 Höhe der Spendenzuwendung

Herr Schreyer informierte, dass der Vorschlag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum § 5 Absatz 1: „*Einwohner der Stadt Halle (Saale) können eine Zuwendung von bis zu 500 €, höchstens 2.000 € für jeden Haushalt erhalten*“ **von der Verwaltung übernommen wird.**

Herr Kley, FDP-Fraktion, verwies darauf, dass seine Fraktion angeregt hatte, die Summe für den Privathaushalt mit mehr als 2.000 € **bis höchstens 5.000 €** zu veranschlagen, um den Familien, die nachhaltig betroffen und mit Eigenmitteln nicht in der Lage sind, den Schaden zu beheben, einen Ausgleich zu geben.

Abstimmungsergebnis: **abgelehnt**

Zu § 6 Verfahren

Zum § 6 Absatz 1 merkte **Herr Schreyer** an, dass bisher vorgesehen war, die Anträge spätestens bis zum 31. Juli 2013 per Post oder Fax an die Stadt Halle gerichtet, entgegen zunehmen. Die Verwaltung mache jetzt den Vorschlag, den Termin der spätesten Antragstellung auf den **15.08.2013** zu setzen.

Zu § 6 Absatz 2 Satz 1

Der Vorschlag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, eine Bezugnahme auf die Höhe der Spendenzuwendung von derzeit nur auf den § 5 auch auf den **§ 2** auszudehnen, **wird von der Verwaltung übernommen.**

Zu § 6 Absatz 2 Satz 2

Die Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM schlug vor, dass sich die Spendenkommission entweder aus Verwaltungsvertretern, Dritten (z. B. *Freiwilligenagentur oder Bürgerstiftung*) und Mitgliedern aus den Fraktionen des Stadtrates zusammensetzt und auf Vorschlag der Verwaltung entscheidet.

Bei der Entscheidung zur Zusammensetzung der Spendenkommission bat **Herr Schreyer** um das Votum der Stadträte.

Herr Krause regte an, dass sich die Handwerkskammer und die IHK auf einen Vertreter für die Spendenkommission einigen.

Damit wurde für den § 6 Absatz 2 Satz 2 vorgeschlagen: „*Die Spendenkommission setzt sich aus Verwaltungsvertretern, je einem Mitglied der Fraktionen des Stadtrates der Stadt Halle (Saale), und einem Vertreter beider Kammern (IHK und HWK) zusammen*“.

Abstimmungsergebnis **zugestimmt**

Im Verlauf der weiteren Diskussion einigte man sich darauf, dass die Anträge von der Verwaltung gesichtet und dann der Spendenkommission Vorschläge zur Prüfung und Entscheidung unterbreitet werden.

Zu § 6 Absatz 4

(Text der Verwaltung sah vor, dass die Gesamtsumme der eingegangenen Anträge maßgeblich ist.)

Die Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM verwies in ihrem Vorschlag darauf, dass hier die **fristgerecht begründeten Anträge** berücksichtigt werden müssen.

Herr Schreyer informierte über den Vorschlag der Verwaltung dazu: „*Sofern die Gesamtsumme der durch die Spendenkommission vor Bewilligung nach Maßgabe der §§ 2 und 5 dieser Richtlinie errechneten Zuwendungen die Gesamtsumme der bis zum 15.08.2013 eingegangenen Spendengelder übersteigt,*“

Abschließend regte **Herr Krause** an, dass zum Ende der Spendenaktion ein Spendenbericht im Sinne eines Ergebnisprotokolls von der Spendenkommission vorgelegt wird.

**zu 5.3 Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Verteilung von Spenden aus Anlass von Schäden durch das Hochwasser vom Juni 2013
Vorlage: V/2013/11871**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag (in geänderter Form/Text):

Der Stadtrat beschließt die Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Verteilung von Spenden an Einwohner, Vereine/Verbände sowie Unternehmen/Freiberufler aus Anlass von Schäden durch das Hochwasser vom Juni 2013.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 6.1 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle
Vorlage: V/2013/11533**

**zu 6.1.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle (V/2013/11533)
Vorlage: V/2013/11661**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**zu 6.1.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle (V/2013/11533)
Vorlage: V/2013/11661**

Abstimmungsergebnis: mit Patt abgelehnt
5 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen

Beschlussvorschlag:

Die Punkte „Kündigung der Mitgliedschaft im Klima-Bündnis“ und „Kündigung der Mitgliedschaft im Unabhängigen Institut für Umweltfragen (UfU)“ werden gestrichen.

**zu 6.1 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle
Vorlage: V/2013/11533**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt
8 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Kündigung/die Reduzierung der Beitragshöhe folgender Mitgliedschaften zum nächstmöglichen Zeitpunkt:

Kündigung:

- Klima-Bündnis Alianza del Clima/Climate Alliance e. V. (1.300,00 €)
- Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt e.V. (1.025,00 €)
- ~~German Industry & Commerce (Taicang) Co. Shanghai (15.192,00 €)~~
- **UfU – Unabhängiges Institut für Umweltfragen e. V. (5.000,00 €)**

Reduzierung Beitragshöhe:

- Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland (~~erhebliche Beitragsreduzierung~~
Betragsreduzierung von mind. 50 %)
- ~~UfU – Unabhängiges Institut für Umweltfragen e. V. (1.000,00 € statt 5.000,00 €)~~

**zu 6.2 Gemeinsamer Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) und der FDP-Fraktion zur Entsendung von weiteren Mitgliedern in die Gesellschafterversammlungen
Vorlage: V/2013/11372**

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, wies darauf hin, dass die „Grundsätze der guten Unternehmensführung“ noch nicht beschlossen wurden und deshalb der Verweis in der Stellungnahme der Verwaltung darauf nicht hilfreich sei.

Herr Krause, SPD-Fraktion, stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung bis der Kodex vorliege und dieser sollte dann gemeinsam mit dem Antrag diskutiert werden.

Und zur Nachfrage von **Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, ob bei Vorliegen des Kodex der Antrag beschlossen werden könne, führte **Herr Krause** weiter aus, dass es bei der Diskussion des Kodex durchaus Optionen geben wird, die mit dem Inhalt des Antrages koalieren.

In Bezug auf die „Grundsätze der guten Unternehmensführung“ äußerte **Herr Krause**, dass es Sinn mache, wenn es eine Selbstverpflichtung des Oberbürgermeisters gäbe, die eine Art Überbrückungssituation darstelle, welche durch den Kodex abgelöst wird und dann ein Sachverhalt vorliege, der für alle verbindlich ist.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, entsprechend § 119 GO LSA und § 5 (9) Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale), weitere Mitglieder in die Gesellschafterversammlungen der Unternehmen mit städtischer Beteiligung zu entsenden.

**zu 6.3 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement
Vorlage: V/2012/11055**

Herr Kley, FDP-Fraktion, merkte dazu an, dass er aus der Presse entnommen habe, dass es in der Stadtverwaltung ernsthafte Überlegungen zu einer Neustrukturierung des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement gäbe. Aus diesem Grund könne man den Antrag beschließen und der Intention der Verwaltung Nachdruck verleihen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand warb ebenfalls für die Zustimmung zum Antrag und wies darauf hin, dass die Verwaltung auch für die Aufstellung des Haushaltes 2014 eine Richtungsentscheidung brauche.

Herr Krause, SPD-Fraktion, verwies in diesem Zusammenhang auf den Grundsatzbeschluss von 2007, in welchem im Punkt 2 geregelt war, welche Abteilungen des Eigenbetriebes ZGM in die Verwaltung überzugehen haben. Dieser Übergang habe mindestens zwei Jahre gedauert und es müsse erst einmal die vollständige Umsetzung dieser Beschlussfassung geprüft werden.

Desweiteren wies er darauf hin, dass man jetzt zwar dem Grundsatzbeschluss zustimmen könnte, aber bis zur Septembersitzung des Stadtrates sollten die weiteren Schritte, wie z. B. auch die Satzungsfrage, geklärt sein.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft, teilte mit, dass es sehr umfangreiches Material zu diesem Antrag gäbe.

Zum einen gehe es um die Weiterentwicklung der Immobilienbewirtschaftung mit der Zielstellung der Neuschaffung eines Fachbereiches Immobilien- und Bewirtschaftungsmanagement, mit einer Leitung mit vier Teilbereichen, die sich im Kern aus unterschiedlichen Bereichen der Verwaltung zusammensetzen.

Dazu gehören im Wesentlichen der Eigenbetrieb ZGM, der Fachbereich Liegenschaften, immobilienbezogen der Sportbereich und das Grünflächenmanagement.

Der zweite Schritt betreffe die handwerklichen Tätigkeiten sowie das Teil Schulinvestitionen aus dem Fachbereich Bildung.

Der ganze Prozess würde im September mit dem entsprechenden Beschluss der Satzungsanpassung bzw. -aufhebung und, wie schon mit Herrn Bürgermeister Geier abgestimmt, mit dem neuen Stellenplan der Stadtverwaltung unter Berücksichtigung dieser Umorganisation vorgelegt.

Auf die Anfrage von **Herrn Krause**, welchen Geschäftsbereich die Änderungen betreffen, führte **Herr Beigeordneter Neumann** aus, dass Zielstellung sei, diesen Fachbereich und auch die Teile der Verwaltung, die mit Immobilienaufgaben beschäftigt sind, im Geschäftsbereich Wirtschaft und Wissenschaft anzusiedeln.

Eine zweite Kernentscheidung gäbe es zum Thema Anlagenbuchhaltung. Hier sei vorgesehen, im Fachbereich Finanzen eine zentrale Anlagenbuchhaltung aufzubauen.

Zusammenfassend stellte **Herr Beigeordneter Neumann** noch einmal fest, dass im Moment von der Verwaltung angestrebt werde, einmal die zentrale Anlagenbuchhaltung aufzubauen und auf der anderen Seite das Thema Eigentum/Bewirtschaftung in einem Fachbereich zu bündeln. Und weiter wies er darauf hin, dass nach Zustimmung des Grundsatzbeschlusses der Haushaltsplanentwurf und der Stellenplan entsprechend aufgestellt und diskutiert werden können.

Zu klären wären noch die Fragen zur Satzungsaufhebung, korrigiert mit dem neuen Haushaltsplan und dem Stellenplan sowie die Befassung mit den einzelnen Positionen bzw. Führungspositionen, die in diesem neuen Bereich zu besetzen wären sowie der Umgang mit der Betriebsleitung,

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stimmte dem Änderungsantrag von Herrn Krause auf Ergänzung des Beschlusses mit einem zweiten Punkt zu: „Das Umsetzungskonzept liegt bis zur Stadtratssitzung im September vor.“

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, äußerte seine Bedenken darüber, dass es bei Ablehnung des Umsetzungskonzeptes nur noch den Grundsatzbeschluss zum 31.12.2013 gäbe.

Er fände es sinnvoller zu formulieren, dass der Stadtrat die Verwaltung beauftrage, ein Umsetzungskonzept vorzulegen und dann auf der Grundlage dieses Konzeptes eine Entscheidung zu treffen. Denn ohne ein konkretes Konzept könne er diesem Antrag nicht zustimmen.

In diesem Zusammenhang verwies **Herr Bürgermeister Geier** auf die grundsätzliche Bedeutung, dass das Immobilienmanagement in sehr viele Bereiche der Verwaltung eingreife bzw. durchgängig neu im Layout des Haushaltes abzubilden ist. Das heißt, wenn im Haushalt 2014 eine saubere Darstellung der Auflösung des Eigenbetriebes ZGM erfolgen soll, braucht die Verwaltung die Entscheidung dazu im Stadtrat am 10. Juli 2013.

Im Übrigen könne man auch schon im Grundsatzbeschluss darstellen, wo das ZGM und die Bereiche, die mit umstrukturiert werden sollen, im Haushalt und in der Organisation verwaltet werden.

Eine andere Frage sei, welche Schritte zu welchem Zeitpunkt gemacht werden, um beispielsweise die gebäudebezogenen Themen aus dem Schulbereich personell auszugliedern.

Vorerst sei jedoch eine saubere Produkt- und Stellenplandarstellung wichtig.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, merkte dazu an, dass es in der nächsten Finanzausschusssitzung die Gelegenheit gäbe, die jetzt aufgeworfenen Fragen zu beantworten und damit könne man das von Herrn Geier beschriebene Zeitfenster auch einhalten.

Desweiteren verwies sie auf ein Gutachten der Firma BBVL aus Leipzig und sie fragte an, ob deren Überlegungen zu diesem Thema mit aufgenommen worden sind.

Laut **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wurde das Gutachten in der Verwaltung ausgewertet und die Überlegungen seien zum Teil in den Argumenten mit enthalten.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, hinterfragte die Vor- und Nachteile der Eingliederung des Eigenbetriebes ZGM in die Stadtverwaltung und er verwies darauf, dass er sich nicht vorstellen könne, dass sich mit den gleichen Menschen, die in der Rechtsform des Eigenbetriebes tätig waren nun mit der Umsetzung in eine neue Struktur ein Vorteil ergäben würde.

Abschließend machte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** den Vorschlag, den Beschluss zu vertagen. Die Verwaltung werde in der nächsten Finanzausschusssitzung eine Pro/Kontra-Abwägung vorlegen, über welche dann diskutiert werden könne.

Abstimmungsergebnis: beraten

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement wird zum 01. Januar ~~2013~~ **2014** in die Stadtverwaltung eingegliedert.

**zu 6.4 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Stärkung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
Vorlage: V/2013/11713**

Bezugnehmend auf den Antrag verwies **Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, darauf, dass diesem vorausgehend erst einmal über die zu besprechenden Themen im Ausschuss diskutiert werden müsse.

Dazu informierte **Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, aus der Stellungnahme der Verwaltung, in welcher auf zwei Varianten hingewiesen werde. Zum einen sei die Einbeziehung von Vertretern der Wissenschaft als sachkundige Einwohner möglich und zum anderen die Bildung einer Expertengruppe, die themenbezogen zu den Sitzungen eingeladen werden kann.

Seiner Meinung nach mache es Sinn, dies in einem festen Verfahren zu regeln und eine Einstimmigkeit des Stadtrates zu erzielen.

Den Vorschlag der Verwaltung zur Bildung einer Expertengruppe könne seine Fraktion mittragen, denn es ginge erst einmal um eine stärkere Einbindung der Wissenschaft und im zweiten Schritt könne man über das wie entscheiden.

Im Namen der Verwaltung verwies **Frau Dr. Sachse, amtierende Fachbereichsleiterin Wissenschaft**, auf die Stellungnahme mit den zwei Vorschlägen:

1. Schaffung zwei weiterer Positionen „Sachkundige Einwohner“ oder
2. Bestätigung einer Expertenliste von Vertretern, die themenbezogen eingeladen werden.

Frau Dr. Sachse informierte weiter, dass sie sich von den Partnern schon ein Meinungsbild eingeholt habe, und zwar von der Leopoldina, der Universität Halle und dem Fraunhofer Institut. Es wird einheitlich die Aufstellung einer Expertenlistebefürwortet, welche dann themenbezogen zu den Sitzungen eingeladen werden.

In diesem Zusammenhang verwies **Frau Dr. Brock** darauf, dass aus ihrer Sicht der Antrag erledigt sei, da der Antragsteller dem Vorschlag der Verwaltung zur Bestätigung einer Expertenliste zugestimmt habe und damit sei kein formaler Beschluss mehr notwendig.

Dem wollte **Herr Häder** nicht zustimmen, da sich der Umsetzungsvorschlag darauf bezog, über ein konkretes Verfahren abzustimmen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, stimmte den Ausführungen von Frau Dr. Brock in Bezug auf die Erledigung des Antrages zu und wies darauf hin, dass es an der Verwaltung und den Mitgliedern des Stadtrates, die in dem Ausschuss arbeiten, liege, solche Themen zu behandeln, die für die Experten von Interesse sind.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat um Abstimmung zum Antrag von Frau Dr. Brock auf Erledigung des Antrages.

Abstimmungsergebnis:

erledigt

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat einen Vorschlag bis Juni 2013 vorzulegen, wie der Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung hinsichtlich einer Beteiligung von Vertretern aus Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen gestärkt werden kann und damit wissenschaftliche Belange mehr im Fokus des Ausschusses stehen.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 8 **Mitteilungen**

zu 8.1 **Mitteilung zur Umsetzung des Beschlusses zur Umstrukturierung der Stadtmarketing GmbH (Vorlagen-Nummer: V/2012/11287)**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass eine Mitteilung der Verwaltung zur Umstrukturierung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH schriftlich vorliege.

Mitteilung Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE, zur Sondersitzung des Sozial-, Gesundheits-, und Gleichstellungsausschusses

Frau Haupt informierte, dass sie als Ausschussvorsitzende erwäge, im Hinblick auf die Vergabe der Fördermittel für die „Schöpfkelle“ eine Sondersitzung des Sozial-, Gesundheits-, und Gleichstellungsausschusses einzuberufen. Da es im Ausschuss Irritationen gab, könne man nicht bis September warten, sondern es müsse vor der Sommerpause dazu noch eine Entscheidung fallen.

Mitteilung Herr Paulsen, Grundsatzreferent, zum Bündnis gegen Rechts

Herr Paulsen bezog sich in seiner Mitteilung auf den Aufruf der Stadt und des Bündnisses Halle gegen Rechts und teilte dazu mit, dass es einen Aufmarsch von Freien Kameradschaften geben soll, die sich unter dem Motto „Deutsche Zukunft statt Europawahn - gegen ein freies Europa“ positionieren wollen.

Am kommenden Samstag, um 11 Uhr, werde eine Gegendemonstration stattfinden und er bat die Stadträte um Unterzeichnung des Aufrufes und um Teilnahme an der Veranstaltung.

Mitteilung Herr Bürgermeister Geier zu den Hochwasserschäden

Herr Bürgermeister Geier teilte mit, dass die Stadt Halle (Saale) aufgefordert war, eine Schätzung der entstandenen Kosten durch das Hochwasser vorzunehmen. Es wurde nachfolgende Meldung an die Landesbehörden gegeben:

Schadensabwehrmaßnahmen (im Zusammenhang mit Krisenstab)	2,7 Mio. €
Schäden an kommunalen Hochbauten (Verwaltungs- und Schulgebäude, kulturelle und Sporteinrichtungen)	78 Mio. €

Schäden an der kommunalen Infrastruktur (sämtliche Straßen, Wege, Brücken, öffentliche Grünflächen und Parks, Brunnen, Spielplätze)	156 Mio. €
Schäden bei kommunalen Stiftungen, Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts	1,5 Mio. €
Schäden bei kommunalen Unternehmen 30 Mio. Stadtwerke 20 Mio. MMZ 20 Mio. diverse andere	70 Mio. €
Schäden bei Freien Trägern/Vereine (z. B. Kita)	22 Mio. €

Dies ergibt eine Gesamtsumme von 330 Mio. €.

Herr Bürgermeister Geier führte weiter dazu aus, dass diese Meldung nach Information aus der Landesebene in die Zusammenstellung einfließe, die die Grundlage für die Verwendung des Fluthilfefonds bildet.

Mitteilung Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand zur Eissporthalle

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte mit, dass die Eissporthalle nicht mehr nutzbar sei, da es baurechtliche, energetische und brandschutzrechtliche Mängel gäbe, die zu diesem Ergebnis geführt haben.

In den Verhandlungen mit allen Beteiligten habe man sich darauf geeinigt, vorübergehend die Halle-Messe zu nutzen, damit die Eissportsaison im September 2013 beginnen könne. Insgesamt sei die Situation so, dass die Verwaltung mit Unterstützung der jeweiligen Minister versuchen werde, die Projekte, öffentlichen Einrichtungen und Sporteinrichtungen weiter zu unterstützen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte weiter, dass er gemeinsam mit dem Innenminister, Herrn Stahlknecht, und dem Finanzminister, Herrn Bullerjahn, Überlegungen diesbezüglich diskutieren werde, unter welchen Voraussetzungen die Eissporthalle aus Flutmitteln möglicherweise neu errichtet werden könne.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand werde fortlaufend über den aktuellen Stand berichten.

Mitteilung Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand zum Gimritzer Damm

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte mit, dass es Diskussionen und Überlegungen zum Schutz des Gimritzer Damms gäbe und mit der Zurverfügungstellung der Fluthilfe jetzt die Möglichkeit bestehe, zu reagieren.

Zurzeit laufen die Abstimmungen mit dem Landesamt für Hochwasser und Wasserwirtschaft. In der nächsten Stadtratssitzung werde er über den aktuellen Stand der Planungen berichten.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Anfrage Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zu TOP 8.1

Frau Dr. Brock bezog sich in ihrer Anfrage auf den TOP

zu 8.1 Mitteilung zur Umsetzung des Beschlusses zur Umstrukturierung der Stadtmarketing GmbH (Vorlagen-Nummer: V/2012/11287)

und die Mitteilung des Herrn Oberbürgermeisters zur Umstrukturierung der Stadtmarketing GmbH.

Sie machte deutlich, dass sich vor dem Hintergrund der Selbstverpflichtung des Oberbürgermeisters die Verwaltung aus ihrer Verantwortung gestohlen habe, laut Umsetzung des Beschlusses Varianten vorzustellen, wie eine Umstrukturierung passieren könne.

Aus ihrer Sicht sei der Beschluss des Stadtrates damit nicht erfüllt und er könne auch nicht einfach in eine Mitteilung umgewandelt werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte dazu, dass er davon ausgegangen sei, dass sich der Beschluss mit den Grundsätzen der guten Unternehmensführung und mit der Selbstverpflichtung erledigt habe.

Auch wurde sowohl in der Gesellschafterversammlung der Stadtmarketing GmbH als auch in der Art der Darstellung wie die Verwaltung die Zusammenarbeit empfinde, Einigkeit darüber erzielt, dass durch die Selbstverpflichtung die Stadträte über den Oberbürgermeister ausreichend Einfluss auf die GmbH nehmen können.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte zu, dass die Verwaltung zur nächsten Sitzung die vereinbarten Varianten vorlegen werde.

Anfrage Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, zur Kommunalwahl

Herr Dr. Meerheim bezog sich in seiner Anfrage auf ein Informationsblatt der Verwaltung an die Fraktionen zur Festlegung der Wahlbezirke. Er fragte an, ob Vorschläge von den Fraktionen eingegangen sind und ob seitens der Verwaltung eine Vorlage unter Berücksichtigung der Vorschläge erarbeitet wird.

Weiterhin merkte **Herr Dr. Meerheim** an, dass man sich z. B. in Sachsen und Thüringen als Termin für die Kommunalwahl 2014 auf den Termin der Europawahl am 25.05.2014 festgelegt habe und er fragte an, ob es für Sachsen-Anhalt auch schon einen Termin für die Kommunalwahl gäbe.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte mit, dass ihm noch kein Termin bekannt sei, aber die Verwaltung dazu recherchieren und in der nächsten Stadtratssitzung informieren werde. Zu den Wahlbezirken werde eine Vorlage im Geschäftsbereich Finanzen und Verwaltungsmanagement erarbeitet.

Herr Bürgermeister Geier äußerte sich zum weiteren Verfahrensablauf und informierte, dass die Rückläufe aus den Fraktionen zu den Wahlbezirken jetzt von der Verwaltung ausgewertet und in die Fraktionen bzw. den Hauptausschuss zurückgekoppelt werden. Dann sei geplant, dieses Thema gemeinsam mit der Vorlage für die Kommunalwahl zu behandeln. Außerdem werde er fortlaufend über den aktuellen Sachstand dazu berichten.

Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zum Brandschutzbedarfsplan

Herr Krause informierte darüber, dass er von der Verwaltung die Mitteilung erhalten habe, dass aus verschiedenen Gründen die Vorlage zum Thema Brandschutzbedarfsplanung heute noch nicht vorliegen werde.

Da die genannten Gründe nachvollziehbar seien, könne sich seine Fraktion als Antragsteller vorstellen, spätestens im September dieses Thema zu behandeln.

Dazu teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass nach Rücksprache in der Verwaltung der Brandschutzbedarfsplan morgen in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten zur Beratung eingebracht und fortlaufend ergänzt werde.

Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zu Steuernummern der Fraktionen

In seiner Anfrage bezog sich **Herr Krause** auf die Ausgabe der Steuernummern für die Fraktionen und merkte dazu an, dass es in Deutschland noch nicht ausgeurteilt sei, welche Stellung die Fraktionen damit jetzt hätten.

In diesem Zusammenhang verwies er auf das Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden, in welchem vereinbart wurde, dass die Verwaltung einen schriftlichen Vorschlag dahingehend macht, die Fraktionen von dem aufwändigen Prozedere zu entlasten und dass die Verwaltung weiter die Aufgaben, wie zum Beispiel die Kostenabrechnung für die Mitarbeiter, wahrnimmt wie bisher.

In dem Gespräch wurde weiterhin verabredet, ein Verfahren zu suchen, um gemeinsam per Beschluss eine Vereinbarung zwischen den Fraktionen und der Verwaltung zu treffen, die immer alle 5 Jahre erneuert, legitimiert und angepasst wird.

Herr Krause fragte nach dem Sachstand zu diesem Thema.

Herr Schreyer, amtierender Fachbereichsleiter Recht, äußerte sich dahingehend, dass er im Rahmen der Fraktionsvorsitzendenrunde den umfangreichen Fragenkatalog der Fraktionen erhalten habe, und momentan alle Fragen prüft und abarbeitet.

Dazu wurde auch der Städte- und Gemeindebund sowie bei steuerlichen Fragen die Oberfinanzdirektion mit einbezogen. Deren Antwort liege jetzt vor, werde derzeit zusammengefasst und dann allen Fraktionen unverzüglich zur Verfügung gestellt.

Gleichzeitig verwies **Herr Schreyer** darauf, dass aktuell ein Umsetzungsvorschlag noch nicht vorliege.

Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zur Verfügung Vollzug Haushaltsplan

Herr Krause fragte an, ob Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand eine Dienstanweisung zur vorläufigen Haushaltsführung herausgegeben habe, in welcher Einschränkungen verfügt wurden.

Dem stimmte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** zu. Die Verfügung ist dem Protokoll beigefügt.

Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zur Kultur

Auf Antrag der SPD-Fraktion vom 08.07.2013 wurde zum Thema Kultur ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Krause, SPD-Fraktion

Ein Thema, was mir noch auf den Nägeln brennt. Ich überspitze jetzt auch wieder mal ein bisschen, aber ich denke das ist notwendig an der Stelle.

Stellen Sie die schwarze Null im Haushalt über sozusagen den Anspruch, Kultur und Uni zu verteidigen, speziell Kultur?

Mit anderen Worten.

Wie soll das jetzt weitergehen?

Ist jetzt das oberste Ziel für Sie, diese schwarze Null? Und dann muss man sozusagen in der Tat einige Einschränkungen wahrscheinlich hinnehmen.

Oder kämpfen Sie vorbehaltlos für die Kultur hier in Halle?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Krause, das sind zwei Dinge, die Sie eben angesprochen haben, die nicht miteinander zu vergleichen sind.

Ich möchte es deutlich machen.

Ich kämpfe dafür, dass wir einen genehmigungsfähigen Haushalt bekommen. Dieser genehmigungsfähige Haushalt ist klar vorgezeichnet vom Landesverwaltungsamt. Nämlich zum einen, dass der Haushalt ausgeglichen ist und zum zweiten, dass wir ein nachvollziehbares Konsolidierungskonzept vorlegen.

Und diese Situation, dem hat sich natürlich alles unterzuordnen.

[Unverständlich...] momentan diesbezüglich, dass wir Fördermittel bekommen, dass wir Baufördermittel bekommen, die wir in den letzten Jahren überhaupt gar keine Chance bekommen und gar keine Möglichkeit gehabt haben, weil wir diesen Haushaltsausgleich nicht bekommen haben.

Wir kriegen momentan, das ist meine Einschätzung, dadurch, dass wir sehr stabil uns eben bewegen und dass wir eigentlich eine Situation haben, mit dem ich auch beim Land auftreten kann, denn wir haben eine Situation, dass wir gerade auch von den Fachministern und auch vom Ministerpräsidenten, mit dem ich gestern, vorgestern gerade darüber gesprochen habe, große Unterstützung. Und diese Unterstützungsleistungen kommen und die resultieren sich daraus, dass wir uns auf einem Weg befinden, der diesbezüglich sämtliche Möglichkeiten und natürlich den ausgeglichenen und den konsolidierten Haushalt darstellt.

Wenn Sie auf die Theater, Oper und Orchester GmbH zu sprechen kommen, dann kann ich ihnen auch hier deutlich machen, dieses Problem, dass im nächsten Jahr die Insolvenz droht, ist seit Jahren bekannt. Alle hier im Saal wissen das. Und wir haben jahrelang darüber gesprochen. Es sind keine Veränderungen eingetreten. Es droht, das habe ich prognostiziert bzw. auch feststellen lassen, momentan haben wir eine drohende Zahlungsunfähigkeit.

Drohend deshalb, weil sie im nächsten Jahr dann auch mit Sicherheit auch eintreten wird. Bereits in der drohenden Zahlungsunfähigkeit ist zu handeln, vom Geschäftsführer auch zu handeln. Diese Handlungen momentan, sind und stehen noch aus.

Ich habe den Geschäftsführer gebeten, solche Anpassungskonzepte, was seine Aufgabe auch ist, deutlich zu machen und darzustellen. Das ist nicht geschehen.

Ich habe Antworten bekommen, wir haben jetzt Sommerpause und Sommerferien, ich kann nichts tun.

Und nicht nur von mir ist die Aufforderung so gekommen, auch vom Land ist die Aufforderung so gekommen.

Ich hatte ihnen ja die Power Point Präsentation dargestellt. Ich hatte ihnen gesagt, dass dieses Jahr ein Adapterjahr ist. Der Minister hat klar bis zum 30.09. Anpassungskonzepte erwartet.

Und ich spreche jetzt momentan noch unabhängig von den geplanten oder in der Landesregierung vorgesehenen [...unverständlich...]. Das heißt, wir haben unabhängig davon, wie sich das Land bewegt, im nächsten Jahr Minimum, als Minimum 1 Mio. €. auf [...unverständlich...].

Und hier erwarte ich, dass die Theater, Oper und Orchester GmbH Anpassungskonzepte macht. Dazu ist die Theater, Oper und Orchester GmbH einschließlich ihres Geschäftsführers zum jetzigen Zeitpunkt nicht bereit.

Herr Krause

Darf ich noch einmal nachfragen. Wenn ich jetzt ihrer Antwort folge, dann will ich ja [...unverständlich...] dann ist aber doch klar, dass wenn man einigermaßen mit der Materie vertraut ist, und ich beschäftige mich nun auch schon ein paar Jahre damit, speziell auch mit meinem beruflichen Hintergrund, dass die Arbeitnehmerseite da in mindestens fünf, sechs verschiedene ganz unterschiedliche Parteien gespalten ist, oder aufgebaut ist. Wie man das auch nennen will. Die auch unterschiedliche Interessen vertreten müssen.

Und alle die, die da mehrheitlich offensichtlich gar nicht bereit sind, eigentlich den Status quo zu halten, nämlich dafür einzustehen, dass die Mitarbeiter auf 10 % weiter verzichten, müssen ja erst mal dahin gebracht werden, den Status quo zu halten, wenn wir über diese Zahlen reden wollen, über die wir die ganze Zeit reden, von 6,5 Mio. €.

Also, ich will sagen, unabhängig davon, von ihrer Antwort, gibt es ja auch noch, und da kann ich das gern nachvollziehen, weil das wirklich in der Sommerpause rational nicht zu machen ist, der Versuch unternommen werden a) diese Seite zu überzeugen, dass sie bei dem Status quo bleiben und aus meiner Sicht, also ich kann ja nur meine Sicht sagen, aus meiner Sicht muss die Stadtverwaltung mit der Theaterleitung, der TOO-Leitung zusammen in aller Deutlichkeit gegenüber dem Land auftreten und sagen, so Herrschaften geht das nicht.

Das ist zwar ein Prozess, dieses Adapterjahr, das haben sie auch nicht behauptet, aber das haben sie auch nicht erfunden. Wir wussten ja schon vor 2 Jahren, dass es in 2013 genau das geben wird. Und alle haben ja im Grunde darauf gewartet, was passiert.

Und ich behaupte jetzt einfach mal, das Land lässt es darauf ankommen, sage ich als Sozialdemokrat, das Land lässt es darauf ankommen, und guckt, wie die Stadt reagiert. Wenn wir aber vorzeitig schon sagen, na gut o.k., das ist dann so, dann sagen sie, na gut dann klappt doch unser Plan. Ich überzeichne jetzt ein bisschen.

Will heißen, wäre es nicht notwendig und richtig zu sagen, so liebes Land, ihr seid da auf einem falschen Pfad mit uns. Also uns zu erklären, wir wollen Eliten herausbilden und Leuchttürme und gleichzeitig zu meinen, man kriegt dieses A-Orchester als Leuchtturm zum B-Orchester, da muss ich sagen, da stimmt was in der Logik nicht. Das müsste man denen auch mal vermitteln. Das habe ich übrigens dem Minister auch selber deutlich gesagt, Herrn Dorgerloh.

Nicht, dass wir uns da missverstehen, dass Sie da alleine kämpfen.

Aber meine Frage ist, steht nicht eigentlich für uns alle miteinander der Kampf um die eigene Position ganz weit vor dem, vor der Kompromissuche mit dem Land, das natürlich unter wahnsinnigen Druck steht. Das wissen wir doch alle miteinander auch, mit Blick auf 2019/2020, vollkommen klar.

Aber hier, sozusagen in der Größenordnung dranzugehen, wo eigentlich, wenn man die Historie der letzten 5 Jahre nimmt, das Land sich ja schon mit 6,5 Mio. € rausgezogen hat, mit ihrem eigenen Zuschuss.

Und man kann doch der Stadt Halle nicht anlasten, dass wir Landesaufgaben mit wahrnehmen, die man uns schön beflissentlich, so leicht fließend über die Jahre, auch vertraglich geregelt, richtig, aber schön überlassen hat. Das heißt, wir haben alle Veranlassung, meine ich, darum in allererster Linie zu kämpfen, dem Land unseren Standpunkt klarzumachen, ehe die sozusagen sagen können, na prima, die haben es ja schon gefressen, die haben es ja schon akzeptiert, da können wir jetzt noch eine Weile warten und dann lassen wir uns Konzepte liefern bis Ende September und fertig.

Ich möchte gern wissen, wie weit Sie sind mit ihrer Bereitschaft, da den Kampf aufzunehmen?

Ich bin dazu bereit, ich muss gegen, sozusagen die eigenen Genossen da antreten und denen sagen, das, was ihr macht, ist nicht richtig.

Aber ich erwarte es von ihnen auch und von den anderen auch [...unverständlich...].

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ihre Frage Herr Krause?

Herr Krause

Meine Frage ist, was für Sie sozusagen drübersteht?

Dieser Kampf um diese Kultur hier, um den Erhalt dieser Landschaft, mit allen seinen Facetten. Oder das man sagt o.k., das Land steht unter Druck, wir stehen mit dem Haushalt unter Druck und das steht drüber.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich habe es verstanden.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kann ich dazu noch was, zu dem gleichen Thema noch was draufsetzen oder wollen Sie einzeln antworten?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich würde einzeln antworten, sonst kommen wir durcheinander.

Frau Dr. Brock

o.k.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Sie müssen zwei Bereiche unterscheiden. Ich habe stets deutlich gemacht, auch in der Präsentation als Herr Dorgerloh diese Zahlen, die ja erst mal vorabgestimmt waren, präsentiert hat, ich bin mit diesen Zahlen nicht einverstanden. Dafür kämpfe ich, dass diese Zahlen nicht kommen.

Was aber auf der anderen Seite steht, das was uns klar vorgehalten wird und dem Geschäftsführer klar vorgehalten wird, dass es ja diese Anpassungskonzepte für den eigenen Bereich, der ja auch feststand, unabhängig des Landes, nicht gegeben hat und nicht vorliegen.

Und diesbezüglich ist es eine klare Situation, dass hier momentan auch ein klares Versäumnis vorliegt. Und deshalb müssen wir erst mal unsere eigenen Hausaufgaben machen.

Ich kämpfe in diesem Punkt gegen Herrn Dorgerloh, das weiß er auch.

Aber ich habe jetzt auch Möglichkeiten, wie andere Häuser auch. Sie sehen es ja eben auch, rechts und links werden ja schon Zugeständnisse auch gemacht. Und die Zahl ist ja auch noch nicht fix. Da sind wir uns ja auch beide einig.

Deshalb meine klare Antwort, ich kämpfe, dass diese Kürzungen nicht eintreten

Herr Krause

[Unverständlich...] also, eine ganz kurze Nachfrage, Herr Dr. Wiegand, ich glaube, wir geben mit dem Bild zwischen Stadtspitze und dem Geschäftsführer TOO ein zerstrittenes Bild nach außen ab, das uns schwächt gegenüber dem Land. Und diese Schwächung können wir uns nicht erlauben. Die spielen auch mit harten Bandagen.

Und ich will mal so sagen, vielleicht macht es nochmal Sinn, ich habe das ja verstanden, dass sie ihnen mit Antworten entgegengetreten sind, wo Sie sagen, da kann ich schwer mit umgehen, mal ganz vorsichtig formuliert.

Vielleicht macht es Sinn, nochmal darüber nachzudenken, wie man das hinkriegt. Das nämlich sind unsere Hausaufgaben als Leute von der Stadt, wie man das hinkriegt, dass wir mit einer Stimme gegenüber dem Land sprechen.

Es geht so nicht weiter. Wir können nicht uns selber schwächen und dann treten wir, wollen wir sozusagen vehement gegenüber dem Land auftreten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Wir können das gerne auch noch besprechen.

Ich wollte ja jetzt die mündlichen Anfragen beantworten.

Ich möchte aber nur noch eins darauf erwidern, Herr Krause. Das, was hier versucht wird ist, die eigenen Versäumnisse jetzt mit den Kürzungen zu verwischen und da stimme ich nicht zu. Und das ist der einzige Ansatz.

Und deshalb muss man jetzt sehen und deshalb habe ich auch einen Vorschlag gemacht. Ich bin gebeten worden, einen Vorschlag zu machen. Den habe ich gemacht, den hat der Geschäftsführer abgelehnt. Das wäre noch eine sehr gute Möglichkeit gewesen, hier auch beim Land sehr viel noch einzuwerben und dem Land auch noch zu signalisieren. Deshalb werbe ich auch für den Vorschlag. [...unverständlich...]

Herr Krause

Herr Dr. Wiegand, Sie müssen einfach da drüber stehen...

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Sie müssen mich auch ausreden lassen. Und von daher in einem strukturierten Verfahren auch vorzugehen und dieses und zu dem stehe ich. Wir haben unsere eigenen Hausaufgaben nicht gemacht.

Herr Krause

Ja, Sie müssen, glaube ich, ein Stück da drüber stehen. Denn Herr Stiska hat auch seine Verdienste in den Jahren um die TOO, und nicht unerheblich. Und in diesem Kontext sollten wir sozusagen die Stärken, die wir gegenseitig haben, hervorheben. Und nicht uns gegenseitig in der Öffentlichkeit diskreditieren. Das schwächt uns.

Anfrage Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Arbeitsgruppe TOO GmbH

Ich habe zwei Fragen. Einerseits zu diesem Thema noch, aber kürzer und eine zweite zu einem anderen Thema.

Ich vermute mal, dass auf Grund . . . also andersherum, im Kulturausschuss wurde letzgens deutlich gemacht, es gibt eine Arbeitsgruppe mit BMA, Herrn Stiska und ihnen und Frau Dr. Marquardt und alles wird schön, wir machen ein Konzept.

So, alles freute sich, dass endlich, sagen wir mal, ein Signal in die Richtung Kooperation gegangen ist und dann gab es diese Fraktionsvorsitzendenrunde, die gestern stattfinden sollte und die ja dann abgesagt worden ist mit der Begründung, die sie jetzt Herrn Stiska zuordnen, sprich, dass wir in der Sommerpause nicht arbeiten können.

Was ist denn nun passiert?

Es gab doch offensichtlich diese Einigkeit, gemeinsam zu arbeiten und dass das Mitteilungsbedürfnis oder Diskussionsbedürfnis sehr groß ist, zeigt ja, dass Herr Krause dieses Thema hier nochmal so ausführlich gebracht hat.

Warum tut man das dann nicht mit den Leuten zusammen, sprich mit den Fraktionsvorsitzenden oder Kulturausschuss oder sonst wie?

Das ist sozusagen meine erste Frage.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Wir haben ein strukturiertes Verfahren erarbeitet, gemeinsam, nachdem ich das auch deutlich gemacht habe. Es war auch alles in Ordnung.

Drei, vier Tage später hat Herr Stiska gesagt, er macht dieses Verfahren nicht mehr mit und das war die klare Aussage von seiner Seite.

Er hat daraufhin erklärt, nachdem deutlich gemacht wurde, Herr Lork war ja auch mit dabei, er hat es also auch ebenfalls mit begleitet, hat er ganz klar geäußert, dass eine Zahlungsfähigkeit jetzt besteht, dass überhaupt kein Problem da ist.

Und dann habe ich natürlich deutlich gesagt, dann weiß ich natürlich nicht, warum wir uns hier weiter unterhalten.

Das heißt, es war ein konkretes Verfahren auch erarbeitet worden und mit diesem Verfahren wollten wir diesbezüglich auch weiter arbeiten.

Aber Herr Stiska hat dann bis ganz zum Schluss, als ich dann gesagt habe, jawohl dann müssen wir das auch beantragen, da müssen wir auch dem Aufsichtsrat das vorlegen, da hat Herr Stiska gesagt, nein das mache ich nicht, ich teile ihre Auffassung nicht, dass eine drohende Zahlungsunfähigkeit besteht und deshalb ist hier alles in Ordnung und die Zahlungsfähigkeit besteht.

Daraufhin haben alle Beteiligten gesagt, jawohl da brauchen wir nicht weiter reden. So ist der Vorgang abgelaufen.

Ende des Wortprotokolls

Anfrage Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum MMZ

Frau Dr. Brock zitierte aus dem Halle Spektrum eine Aussage von Herrn Beigeordneten Neumann: „Die Stadt Halle, der Oberbürgermeister und der Aufsichtsrat stehen hundertprozentig zu dem Standort des MMZ“. Sie fragte an, woher er wisse, dass die Stadt Halle, bezogen auf den Stadtrat, hundertprozentig hinter dem Standort stehe.

Dazu teilte **Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, mit, dass er mit Stadt Halle die Vertreter des Stadtrates im Aufsichtsrat gemeint habe, welche sich ganz klar hinter die Standortfrage gestellt haben.

Er informierte weiter, dass mit Standort des MMZ im Moment der Teil gemeint sei, welcher nicht durch das Hochwasser beschädigt war. Dies betreffe z. B. die Etagen 1 – 4, in welche ab 16.09.2013 die Mieter, die Uni und die anderen Unternehmen, wieder einziehen können. Es gäbe eventuell eine hundertprozentige Förderung für diese Thematik.

Und wie mit den Teilen, die vom Hochwasser betroffen waren, umzugehen ist, das hänge davon ab, welche Förderkulisse vorhanden sei und wie der Stadtrat sich dazu positioniere.

Herr Beigeordneter Neumann führte weiterhin aus, dass das Konzept, die Universität, Existenzgründer und Unternehmen an einem Standort vorzuhalten, überzeugt habe. Und da man auch seit den letzten 10 Jahren wisse, dass das Gebäude des MMZ nicht ganz perfekt sei, müsse an der Thematik gearbeitet werden.

Bezugnehmend auf die Aussagen von Herrn Beigeordneten Neumann, führte **Frau Dr. Brock** aus, dass sie es für selbstverständlich halte, dass der Stadtrat in die Grundsatzentscheidung voll umfänglich mit einbezogen werde.

Herr Beigeordneter Neumann stimmte dem zu und er erinnerte in diesem Zusammenhang an den Stadtratsbeschluss zu diesem Thema, dass er in jeder Finanzausschusssitzung darüber zu berichten habe.

Anfrage Herr Kley, FDP-Fraktion, zu den Logenplätzen im Erdgas-Sportpark

In Bezug auf die nächste Stadtratssitzung merkte **Herr Kley** an, dass seine Fraktion die Antwort der Verwaltung auf die Inanspruchnahme der Dienstkarten für die Logenplätze im Erdgas-Sportpark erwarte.

Anfrage Herr Kley, FDP-Fraktion, zur Stellungnahme bzgl. Hansetag

Weiter führte **Herr Kley** aus, dass laut Zusage in der letzten Stadtratssitzung auch die Stellungnahme der Verwaltung zum Vorgehen bezüglich der Bewerbung zum Hansetag zur nächsten Stadtratssitzung vorliegen müsse.

Anfrage Herr Kley, FDP-Fraktion, zu papierloser Ratsarbeit

Herr Kley erinnerte an eine Aussage der Verwaltung im Dezember 2012, dass es kein Problem sei, die papierlose Ratsarbeit umzusetzen. Im Moment sehe er eher eine gegenteilige Entwicklung dazu.

Anfrage Herr Kley, FDP-Fraktion, bzgl. Zuordnung von Änderungsanträgen und Versionsbezeichnungen

In Bezug auf eine Vorstellung im Februar 2013 zur Neuvergabe von Vorlagennummern fragte **Herr Kley** nach der Umsetzung dieser Thematik.

Frau Schneider, Protokollführerin, sagte im Hinblick auf die Zuordnung der Änderungsanträge und Versionsbezeichnungen eine Nachbesserung zu.

Anfrage Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, zur Theaterfinanzierung

Frau Dr. Bergner informierte über die Belegschaftsversammlung in der Theater, Oper und Orchester GmbH und merkte an, dass dort noch einmal dargelegt wurde, dass der Termin mit dem Konzept 15.09.2013 nicht eingehalten werden kann.

Sie fragte an, ob die Verwaltung darauf hinwirke, dass der Strukturfond beim Land noch länger in Anspruch genommen werden könne, wenn das Konzept erst im Oktober oder Ende September vorliegen sollte.

Weiterhin fragte sie nach, ob die außerordentliche Aufsichtsratssitzung wie geplant stattfindet.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte mit, dass die außerordentliche Aufsichtsratssitzung beantragt und nicht zurückgenommen wurde. Deshalb werde sie auch zum Termin stattfinden.

Anfrage Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, zur Entwicklung des Orchesters

Bezogen auf die letzte Hauptausschusssitzung fragte **Frau Dr. Bergner**, ob sich Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand über die Stellung und die Entwicklung des Orchesters in der Stadt Halle (Saale) seit der Wende und wie es dazu kam, dass es nur dieses A-Orchester gibt, informiert habe.

Desweiteren fragte **Frau Dr. Bergner** nach den vertraglichen Bindungen mit dem MDR-Sinfonieorchester.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Anfrage Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, zur Bilanz Ausfall Händelfestspiele

Frau Dr. Bergner informierte darüber, dass Herr Stiska, Geschäftsführer Theater, Oper und Orchester GmbH, angekündigt habe, dass für den Ausfall der Händel-Festspiele Rückforderungen in voller Höhe gestellt und unter Umständen diese auch gerichtlich eingeklagt werden. In diesem Zusammenhang fragte sie nach der Bilanz des Ausfalls der Händel-Festspiele.

Dazu teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass diese Thematik in den Sitzungen des Händelkuratoriums besprochen und Rückforderungsansprüche durch das Kuratorium bzw. Herrn Birnbaum, Direktor der Stiftung Händel-Haus Halle, entsprechend beantwortet werden.

Anfrage Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur weiteren Verfahrensweise TOP 6.4

Bezugnehmend auf die Diskussion zum TOP

**zu 6.4 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Stärkung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
Vorlage: V/2013/11713**

fragte **Herr Häder** an, ob die Erarbeitung der Expertenliste von der Verwaltung und die Bestätigung dieser Liste durch den Stadtrat erfolgen wird.

Dazu teilte **Frau Dr. Sachse, amtierende Fachbereichsleiterin Wissenschaft**, mit, dass die Liste durch die Verwaltung erstellt werden kann, über die Bestätigung aber der Stadtrat entscheiden müsse.

zu 10 Anregungen

zu 10.1 Anregung Herr Kley, FDP-Fraktion, zu einem Fördermittelantrag

Herr Kley regte an, bezüglich der Förderung des Neubaus der Eissporthalle den Antrag persönlich nach Magdeburg zu bringen.

zu 10.2 Anregung Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, zu einer gemeinsamen Erklärung zur Kultur

Herr Dr. Meerheim regte an, eine gemeinsame Erklärung gegenüber den Beschäftigten der Kultureinrichtungen und der Geschäftsführung der Theater, Oper und Orchester GmbH seitens der Stadtverwaltung und des Stadtrates herauszugeben, dass man gewillt ist, gemeinsam die Kulturlandschaft in der Stadt zu verteidigen.

zu 10.3 Anregung Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Nutzung Sportparadies

Bezugnehmend auf die Überlegungen zum neuen Standort für die Eissporthalle regte **Herr Häder** an, das Gebäude des „Sportparadies“ im Böllberger Weg in die Diskussion mit einzubeziehen.

Es lagen keine weiteren Anregungen vor. **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** beendete den öffentlichen Teil der Hauptausschusssitzung.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Anja Schneider
Protokollführerin

Anlage:
Dienstanweisung Nr. 3 – 2013 Vollzug des Haushaltsplanes 2013, vom 20. Juni 2013